

Sozial gerechte Staffelung

OK VKZ
08.10.2019

Grünen-Antrag zu Kindergartengebühren in Vaihingen – Termin mit Stadtverwaltung

VAIHINGEN (p). Die geplante Anpassung der Elterngebühren (Gebührenerhöhung) für den Besuch der städtischen Kindertageseinrichtungen ab dem 1. Januar 2020 war Tagesordnungspunkt der Gemeinderatsitzung in Vaihingen in der vergangenen Woche (die VKZ berichtete). Bündnis 90/Die Grünen nahm dies zum Anlass, vorab einen Antrag an die Stadtverwaltung einzureichen, der auf dem Prinzip der sozialen Gerechtigkeit basiert und die Einführung einer sozial gerechten Staffelung der Gebühren einfordert, die Kinderanzahl, Betreuungsumfang und Elterneinkommen berücksichtigt.

Für Bündnis 90/Die Grünen ist nach eigenen Angaben die soziale Gerechtigkeit im Bildungswesen ein zentrales Ziel. Der Schlüssel für die Chancengerechtigkeit liege in der bestmöglichen Förderung der Kinder bereits in den Kindertagesstätten. Qualität und soziale Gerechtigkeit sollten sich dabei allerdings nicht ausschließen. Schon heute machen die Kindergartengebühren oft ein Drittel bis die Hälfte des Nettogehaltes eines einzelnen Elternteils aus, so die Grünen. Dies führt zu finanziellen Belastungen in den Familien, sodass ein Elternteil oft länger auf die Rückkehr in den Beruf verzichten muss, um die Kinder zuhause zu

betreuen und fördert damit keineswegs die Gleichberechtigung von Mann und Frau.

Daher hat die Fraktion in der Gemeinderatsitzung gegen eine erneute Erhöhung der Kindergartengebühren gestimmt und stattdessen schon Anfang September einen Antrag zur Erarbeitung und Umsetzung einer neuen Finanzierungssystematik für Kindertagesstätten und Kinderkrippen in Vaihingen eingereicht. „Dabei soll die bisher gewährte Beitragsbefreiung für Eltern mit wenig Einkommen deutlich ausgeweitet und zusätzlich der Mittelstand durch eine einkommensbasierte Staffelung der Gebühren entlastet werden“, sagt Dr. Andrea Wagner, Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen im Gemeinderat. „Qualität in der Betreuung und eine gerechte Bezahlung der Erzieher soll dabei aber gewährleistet bleiben. Das kostet Geld und ist mit Hinblick auf die prognostizierte Haushaltslage der Stadt für die nächsten Jahre nicht einfach umzusetzen. Daher arbeitet die Stadtverwaltung gerade an einer Kostenaufstellung, damit wir im nächsten Schritt eine Umsetzungsstrategie erarbeiten können“, fügt Thomas Essig hinzu. Städte wie Esslingen und Ostfildern gingen diesen Weg seit geraumer Zeit und zeigten damit, dass es finanzierbar sei und zwischen Qualität in

der Betreuung von Kindern in Kindertagesstätten und Krippen und der gleichzeitigen sozial gerechten Staffelung der Gebühren kein „oder“ sondern ein „und“ stehen könne. Dem ersten Antrag soll ein weiterer folgen, der sich der aktuellen Betreuungssituation in der Stadt und den Teilorten widmen soll. „Zu oft wird an uns herangetragen, dass das aktuelle Betreuungssystem zu unflexibel ist, es Probleme bei der Platzvergabe gibt und das Angebot damit den Anforderungen, die der Arbeitsmarkt an junge Familien stellt, nicht ausreichend nachkommt“, sagt Andrea Wagner, die selbst Mutter zweier Kinder im Alter von zwei und vier Jahren ist und die Situation vor Ort aus eigener Erfahrung kennt.

Gemeinsam mit den Verantwortlichen in der Verwaltung gelte es nun die Rahmenbedingungen festzulegen und das Machbare auszuloten. Dazu trifft sich die Gemeinderatsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen im Dezember zu einem Termin mit der Stadtverwaltung. Familien, die in der jüngsten Zeit Probleme mit einer Platzvergabe hatten oder Anregungen zu einer Verbesserung der kindlichen Betreuungssituation haben, können dies über gruene.vaihingen@web.de an die Fraktion im Vorfeld herantragen und so zur Diskussion beitragen.